



Rede zur Aktuellen Debatte beantragt durch die SPD

„Gewaltexzesse in Stuttgart – Solidarität mit unserer Polizei“

für Andreas Schwarz

anlässlich der 122. Plenarsitzung

am Mittwoch, 24. Juni 2020

im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: TOP 2 (ca. 11:00 Uhr)

Rededauer: 10 Minuten (1. Runde 8 Minuten)

Redereihenfolge:

SPD, GRÜNE, CDU, AfD, FDP, Regierung

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die Ereignisse vom
Wochenende als Landfriedensbruch bezeichnet.**

Auch mich entsetzt, was hier geschehen ist.

Da haben sich junge Menschen, ganz überwiegend Männer,
mit hoher krimineller Energie zusammengerottet.

Sie haben aus der Menge heraus Polizistinnen und Polizisten
angegriffen.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Angriffs auf einen jungen
Studenten nun sogar wegen versuchten Totschlags.

Sie haben Scheiben eingeschlagen und Auslagen geplündert.

Das sind schwere Straftaten.

Wer solche Straftaten begeht, handelt kriminell!

Entsprechend sind inzwischen erste Haftbefehle erlassen worden.

Deswegen, von dieser Stelle aus ein klares Signal an die Täter:

Das, was ihr gemacht habt, das dulden wir nicht!

Diese Ausschreitungen besoffener junger Männer hatten keinen politischen Hintergrund.

Der Stuttgarter Polizeipräsident Franz Lutz hat das bestätigt.

Auch das zeigt: Diese Personen handelten aus blinder Zerstörungswut. Um es noch deutlicher zu sagen: aus meiner Sicht waren das Kriminelle.

Eine solche Randalie ist durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen.

Mich macht das wütend!

Denn diese idiotische Zerstörungswut – das ist nicht das liberale und lebensfrohe Stuttgart, wie wir es kennen.

Das sind nicht das Nachtleben und die Nightlife-Szene, wie sie zu Stuttgart gehören.

Das ist nicht unser Stuttgart!

**Meine Damen und Herren,
da spreche ich für uns alle:
wir in der grünen Landtagsfraktion stehen hinter unserer Polizei!**

Unsere Polizistinnen und Polizisten, das sind Ehefrauen und Ehemänner, Mütter und Väter, Menschen wie du und ich.
Und das sind zunehmend Menschen, die die ganze Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln.
Das ist die baden-württembergische Polizei.

Die Polizei hat besonnen und umsichtig agiert – auch in dieser herausfordernden Situation!

**Mein Dank gilt daher allen Polizistinnen und Polizisten, die hier im Einsatz waren.
Ihnen möchte ich den Rücken stärken!**

Es gab bei diesem Einsatz körperliche Verletzungen.
Fast noch wichtiger sind aber die seelischen Wunden, die solche Attacken hinterlassen.
In beiden Fällen wünsche ich eine schnelle und vollständige Genesung!

Meine Damen und Herren, **diese Ausschreitungen gehen uns alle an.**

Denn es geht hier um die Sicherheit unseres öffentlichen Raums.

Sich ohne Angst frei bewegen zu können: diese Freiheit allen Bürgerinnen und Bürgern zu garantieren, das ist eine Aufgabe des liberalen Verfassungsstaates.

Der öffentliche Raum darf nicht zu einem Angst-Raum werden.

Und ein Garant dafür ist unsere Polizei.

Im liberalen Verfassungsstaat gibt es ein Gewaltmonopol.

Die Polizei setzt Recht und Gesetz durch. Das ist ihre Aufgabe.

Und dafür hat die baden-württembergische Polizei unsere volle Unterstützung!

Hass und Gewalt gegen unsere Polizei – ganz gleich, ob im Netz oder bei Kontrollen auf der Straße: **das dulden wir nicht!**

Immer wieder berichten mir Ordnungs- und Rettungskräfte, dass es zunehmend an Respekt fehlt – nicht nur in Stuttgart, sondern bundesweit.

Damit müssen wir uns auseinandersetzen!

Wir stehen zu unserer Polizei. Denn sie verteidigt unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung!

Und wir werden nun gemeinsam mit der Polizei und auch der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Stuttgart alles Notwendige dafür tun, dass sich diese Ausschreitungen nicht wiederholen.

Der öffentliche Raum ist das Herz einer Gesellschaft.

Er muss sicher sein.

Das heißt, dass alle Menschen sich dort frei und entspannt bewegen können.

Denn nur, wenn sich die Menschen sicher fühlen, kann unsere Gesellschaft und kann unser Miteinander funktionieren.

Deswegen sind polizeiliche Maßnahmen wie die jetzt angekündigte Sicherheitspartnerschaft wichtig. Wir begrüßen sie.

Es braucht aber noch mehr. Gerade die sozialpolitischen und präventiven Maßnahmen, wie sie Oberbürgermeister Fritz Kuhn aufgezeigt hat, sind wichtig.

Unser Ziel ist klar. Wir wollen solche Ausschreitungen in Zukunft verhindern.

Denn, das Geschehen hinterlässt Fragen:

- Reicht es aus, die Polizeipräsenz [an Wochenenden] zu erhöhen?
- Wie kommt es, dass junge Männer in solcher Zahl eine derartige Zerstörungswut an den Tag legten?
- Wie ist diese Dynamik entstanden?
- Wo können wir ansetzen, um eine Wiederholung auszuschließen?

Das sind Fragen, die wir jetzt beantworten müssen.

Mit Blick auf die konkreten Taten, auf die körperlichen Übergriffe, den schweren Landfriedensbruch und die Plünderungen sind jetzt erst einmal die Staatsanwaltschaft und die Gerichte gefragt.

Denn wir müssen wissen, wer die Täter sind.

Aufklären, ermitteln, die Täter vor Gericht stellen – und dann ein entsprechendes Urteil zu finden: das ist die klare Antwort unseres Rechtsstaats auf diese kriminellen Vorkommnisse – und nun Aufgabe der Justiz.

Sorgen wir dafür, dass Polizei und Justiz ihre Arbeit machen können – mit unserer vollen Unterstützung!

Im nächsten Schritt, müssen wir uns darüber unterhalten, was wir dazu beitragen können, dass solche Lagen und Stimmungen gar nicht erst entstehen.

Was ist notwendig, um eine Stimmung des gegenseitigen Respekts zu schaffen? Was können wir mit Prävention und Deeskalation dazu beitragen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten erst gar nicht eingreifen müssen.

Denn Sicherheit ist nicht allein eine innenpolitische Frage.

Sicherheit geht uns alle an.

Das ist auch eine Frage des Zugangs zur Bildung, eine Frage der Chancen.

Oder denken Sie an sozialpolitische Maßnahmen. Auch das Modell eines „Nachtbürgermeisters“, wie es in Mannheim praktiziert wird, scheint mir hier ein sinnvoller Ansatz zu sein.

Denn sichere öffentliche Räume, ein sicheres Nachtleben – das ist nicht die alleinige Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Wir brauchen hier mehr:

- Engagiertes Streetworking,
- mobile Jugendarbeit vor Ort,
- eine umfassende kommunale Präventionsarbeit und
- ein enger Dialog aller Akteure des Stadtlebens.

All das trägt neben guter und bürgernaher Polizeiarbeit dazu bei, unsere Städte und öffentlichen Räume sicherer zu machen!

Meine Damen und Herren,

das, was in Stuttgart am Wochenende geschehen ist, macht mich wütend.

Das so etwas möglich ist, bewegt mich. Das fasst mich an.

Entscheidend ist jetzt entschlossenes Handeln.

Ich habe Vertrauen in unseren liberalen Verfassungsstaat.

Ich habe Vertrauen in unsere Polizei, in unser Justizsystem.

Baden-Württemberg ist heute eines der sichersten Länder. Auch die Straftaten im öffentlichen Raum sind rückläufig.

Das ist die Faktenlage – schauen sie in den letzten Sicherheitsbericht!

Dazu haben wir in den vergangenen neun Jahren beigetragen, indem wir weitere Stellen bei der Polizei geschaffen und kontinuierlich in die Verbesserung der Ausstattung investiert haben. Diesen Kurs werden wir fortsetzen.

Und wir arbeiten kontinuierlich daran, Baden-Württemberg noch sicherer zu machen.

Genau deswegen bin ich zuversichtlich, dass die Täter gefasst und verurteilt werden.

Unser Ziel ist es, dass sich diese Ausschreitungen nicht wiederholen.

Dass sich alle Menschen in unserem Land frei und sicher bewegen können.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!